



Erklärung des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Passau

Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen!

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich dramatisch verschlechtert. Nach Auffassung von UNHCR kann keine Unterscheidung von "sicheren" und "unsicheren" Gebieten vorgenommen werden.

Zu berücksichtigen ist auch, dass durch die anhaltenden kriegerischen und terroristischen Auseinandersetzungen, die seit etwa 30 Jahren andauern, sehr viele Familien weltweit verstreut sind - weshalb die rückgeführten Personen, meist junge Männer, in ein existentielles Nichts heimkehren. In einer von clan- und familienorientierten Strukturen geprägten Kultur bleibt zur Existenzsicherung nur die Wahl zwischen Militär- und Polizeidienst oder Anschluss an die Taliban.

Für jede Entscheidung über den internationalen Schutzbedarf ist es deswegen erforderlich, sämtliche individuellen Aspekte im Einzelfall einzubeziehen.

Auch wenn die Abschiebung rechtlich korrekt ist, bleibt sie aber für die einzelne betroffene Person unmenschlich.

Es sind inzwischen genug Einzelfälle bekannt, die diese Einschätzung bestätigen.

Das große Engagement vieler Helferkreise in der Diözese Passau, die sich für Asylbewerber und Flüchtlinge einsetzen und immer öfter von Retraumatisierungen afghanischer Flüchtlinge berichten, veranlasst uns zu dieser Erklärung.

Wir fordern die politischen Entscheidungsträger auf, die derzeitige Abschiebepaxis nach Afghanistan auszusetzen und damit die Empfehlungen von UNHCR entsprechend zu berücksichtigen.

Beschlossen im Vorstand des Diözesanrates Passau am 21.02.2017

Auch Bischof Stefan Oster unterstützt die Erklärung des Diözesanrates im Blick auf mögliche generelle Abschiebungen nach Afghanistan. *„Das Land ist offenbar nach einem Urteil der Vereinten Nationen nicht sicher - und Menschen auf der Flucht dürfen nicht in Krisen- und Kriegsgebiete zurückgeschickt werden.“*, sagte er.